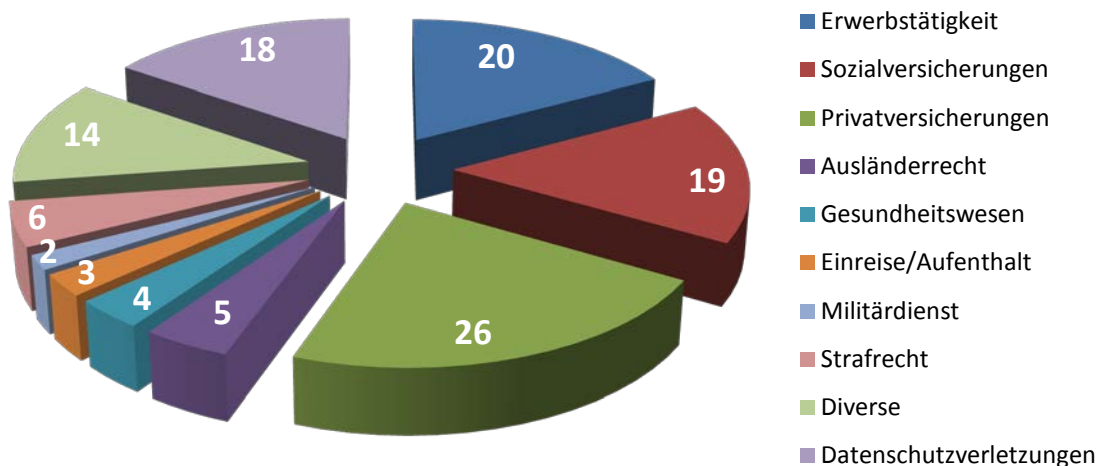


Gemeldete Diskriminierungen im Jahr 2014

Insgesamt wurden 117 Fälle gemeldet, was gegenüber dem Vorjahr einem Anstieg von über 40% entspricht. Die meisten Diskriminierungen waren in den Bereichen Erwerbstätigkeit, Datenschutz sowie Privat- und Sozialversicherungen zu verzeichnen.



Die Aids-Hilfe Schweiz ist gemäss dem nationalen Programm HIV und andere sexuell übertragbare Infektionen 2011-2017 des Bundesamts für Gesundheit die offizielle Meldestelle für Diskriminierungen in Zusammenhang mit HIV/Aids. Sie meldet diese zweimal pro Jahr anonymisiert an die Eidgenössische Kommission für Sexuelle Gesundheit (EKSG).

Beispiele von gemeldeten Diskriminierungen (eine Auswahl)

BEREICH ERWERBSTÄTIGKEIT

HIV in Referenzauskunft

Der ehemalige Arbeitgeber eines HIV-positiven Stellenbewerbers hat den potenziell neuen Arbeitgeber in einer Referenzauskunft über dessen HIV-Infektion informiert, woraufhin er die Stelle nicht bekommen hat.

Gesprächsabbruch nach HIV-Offenlegung

In einem Bewerbungsgespräch hat ein Mann erwähnt, dass er HIV-positiv ist, was zur Folge hatte, dass das Gespräch vorzeitig abgebrochen wurde. Dies unter dem Vorwand, dass die Stelle schon vergeben sei.

Erpressung nach Kündigung

Nachdem eine Arbeitgeberin einer Mitarbeiterin gekündigt hatte, drohte letztere, allen zu erzählen, dass die Arbeitgeberin HIV-positiv ist - es sei denn, sie widerrufe die Kündigung.

Information an alle Mitarbeitenden

Ein Putzinstitut hat von der HIV-Infektion einer Mitarbeiterin erfahren und daraufhin sämtliche Angestellten darüber informiert. Die Frau wurde daraufhin von ihren Kolleginnen gemieden.

BEREICH SOZIALVERSICHERUNGEN

Weigerung der Kostenübernahme durch Krankenversicherung

Vor allem ältere HIV-Medikamente führ(t)en in vielen Fällen zu Fettumverteilungsstörungen mit teilweise massiven Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit der betroffenen Personen. So auch bei einer Frau, bei deren Schultern und Oberarmen sich grosse Fettpolster gebildet hatten. Ihrer Tätigkeit als Reinigungsfachkraft konnte sie kaum mehr nachgehen und auch psychisch litt sie stark darunter (Aussehen, Kleider finden). Obwohl die Kausalität zu den HIV-Medikamenten von den behandelnden Ärzten erwiesen war und der Fettumverteilung Krankheitswert zukam, weigerte sich ihr Krankenversicherung, die Kosten für die Fettabsaugung zu übernehmen.

Unfallversicherung stellt ihr Leistungen ein

Nachdem die Unfallversicherung erfahren hatte, dass ein mit dem Fahrrad verunfallter Versicherter HIV-positiv ist, stellte sie die Leistungen mit der Begründung ein, dass die Spätfolgen nicht mit dem Unfall, sondern mit HIV in Zusammenhang stünden - obwohl dies vom behandelnden Infektiologen ganz klar verneint wurde.

Schikanierendes Sozialamt

Aufgrund von HIV und Folgeerkrankungen musste ein Mann seine Stelle aufgeben und sich bei der IV anmelden. Deren Wiedereingliederungsmassnahmen waren erfolglos, da die Belastungen für den Mann zu gross waren. Zur Überbrückung beantragte er bei seiner Gemeinde Sozialhilfe. Diese weigerte sich, seine Wohnkosten anzuerkennen mit dem Hinweis, dass es als HIV-Positiver unverantwortlich sei, keine billige Wohnung zu mieten. Dies im Wissen darum, dass der Mann die Wohnung bereits vor fünf Jahren bezogen und davon während 4.5 Jahren voll gearbeitet hatte.

BEREICH PRIVATVERSICHERUNGEN

Keine weltweite Deckung in der Krankenzusatzversicherung

Ein Mann hatte ein attraktives Jobangebot in einem aussereuropäischen Land. Sein Antrag auf Ausweitung seiner Grundversicherung auf globale Leistungsdeckung wurde - obwohl er nie krank war - wegen HIV abgelehnt. Da im Zielland Menschen mit HIV keine Krankenversicherung abschliessen dürfen, war ihm das Risiko zu gross und er musste das Jobangebot schweren Herzens ablehnen.

Barriere zur Selbständigkeit

Fünf Personen haben sich gemeldet, welche im Hinblick auf eine bevorstehende Selbständigkeit eine Einzeltaggeldversicherung abschliessen wollten - allen wurde die Aufnahme aufgrund von HIV verweigert, obwohl ihr Gesundheitszustand seit vielen Jahren stabil war. Da einigen Personen das Risiko, im Erwerbsausfall keine Leistungen zu erhalten, zu gross war, verzichteten sie auf die Selbständigkeit.

BEREICH AUSLÄNDERRECHT

Drohende Wegweisung nach Kamerun

Einer seit vielen Jahren in der Schweiz lebenden Frau drohte die Wegweisung nach Kamerun. Dies belastete sie schwer, insbesondere weil an ihrem Herkunftsort HIV-Medikamente schwer zugänglich sind und mehrere ihrer Familienmitglieder dort an Aids verstorben sind.

Drohende Rückschaffung nach Serbien

Einem Mann wurde die Rückschaffung angedroht und mitgeteilt, dass die HIV-Therapie in Serbien problem- und kostenlos zur Verfügung stehen würde. Die Migrationsbehörde berief sich dabei ausschliesslich auf die offiziellen Angaben des Gesundheitsministeriums, ohne den konkreten Zugang näher zu prüfen. Tatsächlich kam es in Serbien in der Vergangenheit zu Medikamentenengpässen.

BEREICH GESUNDHEITSWESEN

HIV-Test ohne Einwilligung und Verschweigung des Testresultats

Eine Person wurde im Rahmen einer psychiatrischen Untersuchung ohne ihr Wissen auf HIV getestet. Auch das positive Testresultat teilte man ihr nicht mit. Erst als sie nach dem Tod ihres Partners erfuhr, dass dieser HIV-positiv war und sie sich im Spital einem HIV-Test unterziehen wollte, erfuhr sie von ihrem bereits seit mehreren Jahren vorliegenden positiven HIV-Status.

Informationsdruck durch Ärzte

Anlässlich einer Operation wurde ein Mann von den behandelnden Ärzten gedrängt, seinen HIV-Status gegenüber seiner neuen Partnerin sofort offenzulegen, obwohl für diese zu keinem

Zeitpunkt eine Ansteckungsgefahr bestanden hatte. Zudem wurde ihm gedroht, dass andernfalls die Partnerin ohne seine Einwilligung informieren würden.

BEREICH EINREISE / AUFENTHALT

Aufenthaltsverbot in den Vereinigten Arabischen Emiraten

Ein Mann hatte ein Jobangebot in den Vereinigten Arabischen Emirate, durfte die Stelle jedoch nicht antreten, weil er HIV-positiv war. In den Vereinigten Arabischen Emiraten gilt ein striktes Einreise- und Aufenthaltsverbot für Menschen mit HIV.

BEREICH MILITÄRDIENTST

Ausschluss vom Militär- und Zivildienst

Zwei junge HIV-positive Männer wollten Militärdienst leisten, wurden aber aufgrund ihrer HIV-Infektion für dienstuntauglich erklärt. Auch Zivildienst durften sie aufgrund ihrer HIV-Infektion nicht leisten, obwohl sie beide unter wirksamer Therapie standen.

BEREICH STRAFRECHT

Rache der ehemaligen Geliebten

Ein Mann hatte seine Geliebte über seine HIV-Infektion informiert, diese wollte aber trotzdem mit ihm ungeschützten Geschlechtsverkehr haben. Nachdem die Beziehung in die Brüche ging, hat sie gegen ihn einen Strafantrag wegen versuchter HIV-Übertragung gestellt.

DIVERSE

Mobbing und Drohung durch Nachbar

Über Drittpersonen hat ein Mann von der HIV-Infektion seines Nachbarn erfahren und ihn daraufhin bei jeder Gelegenheit gemobbt und tätlich angegriffen. Der HIV-positive Mann musste mehrmals die Polizei und Verwaltung einschalten, welche ihm geraten haben, sich eine andere Wohnung zu suchen.

Kündigung des Untermietvertrags

Einem Mann wurde der Untermietvertrag gekündigt, nachdem seine Vermieterin - die Hauptmieterin - seine HIV-Medikamente entdeckt und dadurch erfahren hatte, dass er HIV-positiv ist.

Kontaktabbruch nach Outing

Nachdem ein Mann seiner Schwester und deren erwachsener Tochter von seiner HIV-Infektion erzählt hatte, haben diese den bis dahin engen Kontakt zu ihm abgebrochen.

DATENSCHUTZVERLETZUNGEN

Weitergabe der Diagnose an Versicherung

Im Rahmen einer unfallbedingten Operation hat die verunfallte Person über ihren HIV-Status informiert. Die Ärzte haben daraufhin im Dossier mit rotem Stift "HIV-positiv" vermerkt und dieses an die Unfallversicherung weitergeleitet, obwohl der Unfall nichts mit der HIV-Infektion zu tun hatte.

Demütigung durch Ex-Mann

Nachdem ein Vater seiner kleinen Tochter erzählt hatte, dass ihre Mutter (seine Ex-Frau) HIV-positiv ist, wollte diese aus Angst vor einer Ansteckung nicht mehr bei ihrer Mutter wohnen.

Drohung nach Trennung

Ein Mann hat seiner Ex-Freundin gedroht, Drittpersonen von ihrer HIV-Infektion zu erzählen, wenn sie die Trennung nicht rückgängig mache.

Outing und Drohung durch Ex-Freund via Facebook

Eine Frau wurde von ihrem Ex-Freund auf Facebook als HIV-positiv geoutet, worauf sie eine Strafanzeige einreichte. Daraufhin hat der Ex-Freund ihr gedroht, sie wegen versuchter Ansteckung anzuzeigen, obwohl er von ihrer HIV-Infektion wusste.

Interventionen der Aids-Hilfe Schweiz

Bei vielen der oben erwähnten Diskriminierungen konnte die Rechtsberatung der Aids-Hilfe Schweiz erfolgreich intervenieren. Da die Schweiz jedoch kein Anti-Diskriminierungsgesetz kennt, sind Rechtsmittel teilweise nur beschränkt vorhanden. Hinzu kommt, dass einige Fälle anonym gemeldet wurden und somit keine rechtlichen Schritte unternommen werden konnten.